

# 4 Transformationsschritte für eine ökologisch-soziale Zukunft

Manuskript für einen Workshop von Franz Groll

Wenn wir die Ziele der COP 21 erreichen, die Armut beseitigen, und den Hunger von 800 Millionen Menschen und die chronische Fehlernährung einer weiteren Milliarde Menschen überwinden wollen, dann sind 6 wesentliche Veränderungen erforderlich.

1. Der Ausstoß der Treibhausgase muss bis zum Jahr 2045 weltweit auf 2 t äq. CO<sub>2</sub>/Person reduziert werden.
2. Alle Arbeitskräfte müssen gerecht entlohnt werden.
3. Das Problem des Bevölkerungswachstums bedarf einer Lösung.
4. Alle Arbeitskräfte müssen weltweit zum Wohl aller Menschen eine Arbeit finden.
5. In den armen Ländern muss die Produktivität gesteigert und
6. In den Industriestaaten muss der Zwang zum wirtschaftlichen Wachstum überwunden werden.

Nachfolgend wird dargestellt, mit welchen Veränderungen diese Ziele erreicht werden können.

## 1. Das neue Emissionsbegrenzungssystem

Wir alle wissen es: Der Klimawandel ist (neben dem Bevölkerungswachstum) die größte Herausforderung, vor der die Menschheit je stand. Wir sind dabei, weite Bereiche der Erde für die Menschheit unbewohnbar zu machen. Wenn wir nicht schnell und konsequent handeln, wird es zu einer nie dagewesenen Völkerwanderung kommen.

196 Staaten haben zwar den Beschluss von Paris unterzeichnet, aber noch immer fehlen konkrete Maßnahmen, mit denen das Ziel, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C zu beschränken, erreichbar ist.

Auch in Deutschland gibt es außer Absichtserklärungen im Klimaschutzplan 2050 keine konkreten Beschlüsse, wie wir unseren Beitrag für den Klimaschutz leisten wollen. Das ist auch nicht verwunderlich, denn noch wissen wir nicht, wie das Ziel erreicht werden kann.

In Deutschland stoßen wir z.Z. über 900 Millionen Tonnen äq. CO<sub>2</sub>/Jahr aus. Bei annähernd gleichbleibender Einwohnerzahl dürfen wir in 27 Jahren nur noch 160 Millionen Tonnen ausstoßen. 140 Millionen Tonnen entstehen heute allein in den Industrieprozessen, in der Landwirtschaft und in der Abfallentsorgung und das jeweils ohne den Energieverbrauch in diesen Wirtschaftsbereichen. Daraus wird erkennbar, dass es äußerst schwierig wird, das erforderliche Ziel zu erreichen.

**Es wird nur dann möglich sein, wenn wir die Kreativität aller Menschen für die Erreichung dieses Ziels nutzen.**

Mit Vorschriften werden wir die Kreativität höchstens dazu anregen, wie die Vorschriften umgangen werden können.

Natürlich ist es richtig, den Ausstieg aus der Kohleverstromung und aus der Kernkraft zu beschließen. Damit erreichen wir das Ziel aber noch lange nicht.

Es wird auch möglich sein, die Neuzulassung von PKWs mit Verbrennungsmotoren ab einem bestimmten Datum zu verbieten.

Beim Verbot von LKWs mit Verbrennungsmotoren wird es schon sehr schwierig werden, weil es da Ausweichmöglichkeiten geben wird, z.B. durch die Zulassung der LKWs im Ausland.

Noch problematischer ist die angedachte Vorschrift, dass die Raumtemperatur auf 19 °C abzusenken ist.

Und wie ist das mit unseren Essgewohnheiten? Wollen wir allen Ernstes vorschreiben, wieviel Butter, Käse oder Fleisch und Wurstwaren wir essen dürfen? Und wie könnte das überwacht werden. - Ich glaube nicht, dass dies möglich ist.

Damit wir das Klimaschutzziel mit der Kreativität aller Menschen erreichen können, müssen 2 Voraussetzungen erfüllt werden:

**1. Transparenz:** Bei jedem Produkt und bei jeder Dienstleistung muss erkennbar sein, wie viel Treibhausgase bei der Bereitstellung entstanden sind, bzw. bei der Verwendung entstehen, so dass alle Produzenten und alle KonsumentInnen erkennen können, wie sie am effektivsten ihren Beitrag für den Klimaschutz leisten können.

**2. Begrenzung:** Zusätzlich zur Transparenz wird es erforderlich sein, dass der Ausstoß an Treibhausgasen stufenweise gedeckelt wird, andernfalls wird der Klimaschutz nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit in die Wege geleitet.

Das sehen wir am Ergebnis der letzten 25 Jahre. Wir reden in Deutschland viel über Klimaschutz und wir meinen, wir wären bei der Umstellung auf erneuerbare Energien weltweit führend. Tatsache ist aber, dass wir unseren Ausstoß an Treibhausgasen seit 1990 nur um 1.3 %/Jahr reduziert haben, trotz EEG und trotz Schließung der größten Dreckschleudern der DDR.

In Zukunft müssen wir aber den Ausstoß jedes Jahr um über 6 % !!! reduzieren.

Seit 2005 ist in der EU das Emissionshandelssystem eingeführt. Dieses System hätte eigentlich die Möglichkeit zur Deckelung des Ausstoßes von Treibhausgasen, sie wird aber nicht genutzt, weil die Regierungen befürchten, dass das System dann eine Konjunktur dämpfende Wirkung hat.

Und die Anforderung der Transparenz fehlt bei diesem System.

Weitere Nachteile sind:

1. Es erfasst nur etwa 45 % des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, andere Treibhausgase werden gar nicht erfasst.
2. Die Zertifikate sind unbegrenzt gültig und können zu Spekulationszwecken missbraucht werden.
3. Es gibt viele Kompensationsmöglichkeiten, die zu Missbräuchen führen.
4. Für die zwangsläufig entstehenden Preissteigerungen ist kein sozialer Ausgleich vorgesehen.

Aufgrund der konzeptionellen Fehler war und ist das System praktisch wirkungslos. Damit das Klimaschutzziel erreicht werden kann, ist eine Neukonzeption des Systems erforderlich.

Da ich weiß, dass solche Veränderungen hohe politische Hürden überwinden müssen, schlage ich vor, das neue Klimaschutzsystem in 4 Schritten einzuführen.

Im **ersten Schritt** werden alle „Quellen“ von Treibhausgasen in das Klimaschutzsystem aufgenommen. Dies kann noch im vorhandenen EU-Emissionshandelssystem erfolgen. Die erforderlichen Daten für Deutschland sind beim Bundes-Umwelt-Amt (UBA) verfügbar.

Mit dem **2. Schritt** wird das EU-Emissionshandelssystem in das neue Emissionsbegrenzungssystem überführt.

Das System ist wie das bisherige EU-Emissionshandelssystem in der gesamten EU einzuführen, die Administration obliegt aber jedem Mitgliedsland.

Im neuen System wird von einer öffentlich-rechtlichen Institution das jährlich verfügbare gesamte Treibhausgas-Emissions-Kontingent (TEK) eines jeden Landes festgelegt. Es müssen nur diejenigen Unternehmen für ihre Produktion ein entsprechendes Kontingent (TEK) erwerben, die kohlenstoffhaltige Rohstoffe verarbeiten, z.B. Raffinerien und Kraftwerke. Die Raffinerien müssen auch die Kontingente für die Nutzung ihrer Produkte erwerben, also für Benzin, Diesel, Kerosin usw.

Außerdem müssen die Betriebe, bei deren Produktion Treibhausgase entstehen, wie z.B. bei der Herstellung von Salpetersäure, bei der Stahl- und Zementproduktion, bei der Abfallwirtschaft und in der Landwirtschaft, Kontingente erwerben. Alle übrigen Unternehmen müssen keine Kontingente erwerben.

Die Kontingente werden versteigert. Pro Jahr wird es 3 bis 4 Versteigerungstermine geben. Die Menge des verfügbaren Kontingents wird in jedem Land so reduziert, dass das Klimaschutzziel erreicht wird, also in Deutschland um etwas mehr als 6 %/ Jahr.

Einen Handel mit den Kontingenten gibt es nicht und die erforderlichen Kontingente können nur im eigenen Land erworben werden. Kompensationsmöglichkeiten gibt es nicht mehr.

Die erworbenen Kontingente sind nur im laufenden Jahr gültig, nicht benötigte Kontingente können zurückgegeben werden.

Aus dem Emissionshandelssystem wird so ein **Emissionsbegrenzungssystem (EBS)**.

**Im 3. Schritt** werden die Einnahmen aus der Versteigerung der Kontingente an alle Bürger/innen in gleicher Höhe ausbezahlt. Dieser Schritt ist erforderlich, da die Kosten für den Erwerb der Kontingente, wie auch die Kosten für die Investitionen zur Reduzierung des Ausstoßes der Treibhausgase, zu Preissteigerungen führen werden, die einen sozialen Ausgleich erfordern, da andernfalls Menschen mit geringen Einkommen noch weiter in die Armut stürzen. Durch diese Rückerstattung in gleicher Höhe an alle, erhalten diejenigen, die weniger konsumieren und dadurch weniger Treibhausgase verursachen als der Durchschnitt, einen „Bonus“, weil bei ihren Einkäufen der Kostenanteil für die Ersteigerung der Kontingente geringer ist als die erhaltene Rücküberweisung.

**Im 4. Schritt** müssen die **anteiligen Kosten** für die Ersteigerung der Kontingente im Verkaufspreis aller Produkte und Dienstleistungen ausgewiesen werden, so wie das bei der Mehrwertsteuer praktiziert wird. Dadurch wird der **Treibhausgas-Rucksack** bei jedem Produkt sichtbar und es kann bei Bedarf, wie bei der MwSt., ein Grenzausgleich erfolgen.

Dieses Grenzausgleichsverfahren ist erforderlich, da jedes Land unterschiedliche Reduktionsziele haben wird und dadurch die Kosten für den Erwerb der Kontingente differieren. Er ist auch deshalb erforderlich, damit auch bei Produkten und Rohstoffen aus Ländern ohne das EBS der Treibhausgas-Rucksack ausgewiesen wird.

Bei Bedarf könnte dadurch dieses System sogar nur national eingeführt werden.

Diese Veränderungen werden folgende Auswirkungen haben:

1. Die erforderliche Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen kann erreicht werden, ohne dass zusätzliche Vorschriften erlassen werden.
2. Das System ist sozial ausgewogen.
3. Durch die Kosten-Transparenz ist es möglich, dass alle für sich frei entscheiden können, wie sie ihren Anteil am Ausstoß der Treibhausgase reduzieren und dadurch auch Kosten vermeiden wollen.

Auch für die Unternehmen ist diese Kostentransparenz von großer Bedeutung; dadurch ersehen sie, mit welchen Maßnahmen sie den Kontingent-Kostenanteil am effektivsten reduzieren können.

4. Mit diesem System wird auch die Effizienz beim Energie- und Rohstoffverbrauch gesteigert und es wird die Suffizienz gefördert.
5. Die biologische Landwirtschaft wird sich durchsetzen, da sie keine synthetischen Dünger einsetzt, weit weniger Lachgas produziert und durch die Humusanreicherung Kohlenstoff aus der Atmosphäre im Boden bindet und deshalb sehr viel weniger Treibhausgas-Kontingente ersteigern muss.
6. Da bei allen wirtschaftlichen Aktivitäten Treibhausgase entstehen, hat dieses Systems eine umfassende Wirkung. Die Verkehrsbelastung und der Landschaftsverbrauch werden zurückgehen, es werden wartungs- und reparaturfreundliche Produkte auf den Markt kommen, es werden alle ökologisch sinnvollen Recyclingmethoden zum Einsatz kommen und es werden weniger Rohstoffe verbraucht werden.
7. Durch die Investitionen in die Zukunftsfähigkeit werden zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Es ist auch möglich, dass der Trend zur Automatisierung wegen des dadurch höheren Energie- und Rohstoffverbrauchs zurückgeht. Dadurch werden Arbeitsplatzverluste ausgeglichen, die in den Branchen zu erwarten sind, die große Treibhausgasmengen verursachen.
8. Das im Überfluss vorhandene Kapital wird teilweise aus der Spekulation abgezogen und in der Realwirtschaft für die Klimaschutzinvestitionen eingesetzt.
9. Es wird eine Selbstkontrolle über die Nachhaltigkeit der Innovationen erreicht und es ist damit zu rechnen, dass ein ganz neues Wettbewerbsdenken entsteht. Da von Jahr zu Jahr ein immer geringeres Treibhausgas-Kontingent verfügbar ist, können nur noch dann Geschäfte gemacht werden, wenn Produkte mit extrem geringem Ausstoß von Treibhausgasen angeboten werden. Dadurch wird der menschliche Ehrgeiz für besondere Leistungen von der wachstumstreibenden Gewinnsteigerung zur Erzielung der Zukunftsfähigkeit umgeleitet.  
Da die Herausforderungen so groß sind, ist es auch sehr gut möglich, dass die Unternehmen vom Wettbewerb zur Kooperation übergehen, um schneller und kostengünstiger das Klimaschutzziel zu erreichen.
10. Die Dekarbonisierung unserer Produktionsmethoden und unseres Konsums beginnt dadurch sofort in allen Wirtschaftszweigen. Dadurch haben alle Wirtschaftszweige eine längere Anpassungsphase.
11. Unsere Lebensweise wird sich wesentlich verändern. Wir werden weniger Produkte konsumieren und wieder mehr Zeit für Kunst und Geselligkeit verwenden. Wir werden das Leben ganz anders genießen.
12. Ein ganz entscheidender Vorteil dieses Systems liegt darin, dass dadurch der Wachstumsdrang, der dadurch entsteht, dass wir Menschen unsere Kreativität dafür einsetzen, möglichst alles **besser, schneller, höher, schöner und auch billiger** zu machen, in Zukunft für die Lösung des Klimaproblems nutzen müssen.

Wir nutzen die Kreativität zur Lösung des größten Problems!  
Das ist doch super, oder?

Ein weiterer Wachstumsdrang entsteht durch die Globalisierung, weil dadurch Unternehmen in Hochlohnländern zur verstärkten Rationalisierung gezwungen werden, damit sie gegen die Konkurrenz aus Niedriglohnländern bestehen können. Darauf komme ich im 3 Abschnitt zu sprechen.

Davor möchte ich noch einen Vorschlag unterbreiten, wie eine soziale Gerechtigkeit erreicht werden kann.

## 2. Genug für alle

**Wohstand für alle** ist das Ziel der Vorschläge in diesem Abschnitt - **Durch die gerechte Entlohnung der Arbeit, mit ausreichenden Sozialleistungen und angemessener Arbeit für alle.**

Die Spreizung der Einkommen und der Vermögen vergrößerte sich in den letzten 3 Jahrzehnten immer mehr. Sowohl national wie auch international. Noch immer leben 800 Millionen Menschen in so großem Elend, dass sie sich nicht ausreichend ernähren können, eine weitere Milliarde leidet an Fehlernährung.

Und bei uns erhalten immer mehr Menschen nur noch prekäre Einkommen, das Rentenniveau sinkt und die Sozialtransfers reichen für ein Leben in Würde nicht aus. Gleichzeitig stiegen die Spitzengehälter und die Einkommen aus Unternehmens- und Kapitalgewinnen stark an.

Das muss geändert werden, denn **alle haben ein Anrecht auf ein Einkommen von dem man leben kann.**

Damit das in Deutschland erreicht wird, schlage ich vor, dass ein **Solidaritätsrat** eingesetzt wird, der in einer Wahl von allen Wahlberechtigten bestimmt wird. Denkbar ist auch, dass der Solidaritätsrat nach einem vereinbarten Verteilungsschlüssel aus den unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen und Verbänden zusammengesetzt wird.

Aufgabe dieses Rates ist es zunächst, einen ersten Rahmenvorschlag für eine zukünftige, bundesweit gültige Entlohnungsordnung für alle Tätigkeiten auszuarbeiten, von der Hilfskraft bis zum Konzerndirektor.

**Es ist quasi ein Tarifvertrag, der über alle Branchen und alle Tätigkeiten Gültigkeit hat.**

Nach meiner Vorstellung sollte das **maximale Einkommen das 10- bis 15-fache** des bundesweiten Durchschnittslohns nicht übersteigen und der Mindestlohn sollte nicht niedriger als 60 % des Durchschnittslohnes sein, was dem OECD-Standard entspricht.

Nach einer gründlichen öffentlichen Diskussion der Vorschläge des Solidaritätsrates, muss die Regierung ein Gesetz über die Stufen und Grenzen der Entlohnung ausarbeiten, das zuerst in den Parlamenten diskutiert wird, um es dann in einer Volksabstimmung zur Annahme vorzulegen.

Der Solidaritätsrat wird danach Vorschläge für die Höhe der **staatlichen Sozialleistungen** ausarbeiten, die als Grundlage für die neue Festsetzung der Sozialleistungen verwendet werden.

Da die Verteilung der gemeinsam erarbeiteten Wertschöpfung auch durch die Gewinne aus wirtschaftlicher Aktivität erfolgt, wird der Solidaritätsrat in einem weiteren Schritt die Grenzen für die als gerecht empfundenen Unternehmensgewinne und ihre Verwendung erarbeiten. Hier muss eine tragfähige Lösung gefunden und ein gesellschaftlicher Konsens im Sinne von sozialer Gerechtigkeit herbeigeführt werden, denn die geschaffenen Werte können nur einmal verteilt werden. Und spätestens dann, wenn es kein Wachstum mehr geben wird, können diese Erlöse nicht mehr ansteigen, und im Fall einer wirtschaftlichen Schrumpfung müssen sie sogar zurückgehen.

Der Solidaritätsrat kann auch beauftragt werden, Vorschläge für eine gerechte Besteuerung vorzulegen.

Es müssen auch Vorschläge erarbeitet werden, wie Arbeitslosigkeit von länger als 3 Monaten vermieden werden kann. Die Geisel der längeren Arbeitslosigkeit ist ganz zu beseitigen, denn Arbeitslosigkeit ist ein Eingeständnis des Scheiterns der Gesellschafts- und der Wirtschaftspolitik, sie untergräbt das Selbstwertgefühl der Betroffenen und macht die Menschen krank.

## II. Teil

### 3. Regionalisierung statt Globalisierung

Nun komme ich zu den Auswirkungen der Globalisierung und zu den erforderlichen Änderungsvorschlägen.

Der nahezu grenzenlose Welthandel hat einige Gewinner und sehr viele Verlierer hervorgebracht.

Gewinner sind zunächst mal die international agierenden Konzerne, für sie haben sich zusätzliche Gewinnchancen eröffnet.

Gewinner sind auch die Staaten, die zunächst ihre Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz geschützt haben, die mit einer klaren Strategie die Bevölkerung und die Wirtschaft für die Industrialisierung fit gemacht, und sich erst dann am grenzenlosen Welthandel beteiligt haben. Beispiele sind Taiwan, Südkorea und China.

Dann gibt es einige Staaten, in denen die gebildeten Schichten von der Globalisierung profitiert haben, aber die ärmeren Schichten abgehängt wurden, wie z.B. in Indien, Südafrika und Brasilien.

In einer dritten Gruppe von Staaten wurden zwar eine nennenswerte Anzahl von Arbeitsplätzen geschaffen, die Menschen werden aber so miserabel entlohnt, dass sie die Produkte, die sie erzeugen, nicht selbst konsumieren können, sie sind die modernen Sklaven für die Profiteure der Globalisierung.

Es gibt eine sehr große vierte Gruppe von Staaten, sie sind die großen Verlierer. Das sind vor allem die Staaten in Afrika, aber auch in Asien, Lateinamerika und in der Karibik.

Es sind die Staaten, die es nach der Befreiung aus der kolonialen Besetzung nicht geschafft haben, ein effektives Staats- und Bildungssystem aufzubauen, es sind Staaten mit weit verbreiteter Korruption und schlechter Staatsführung. Diese Staaten sind nur als billige Rohstofflieferanten interessant und im Gegenzug als Abnehmer von Industrieprodukten oder überschüssigen (oft minderwertigen) Nahrungsmitteln. Die Bevölkerung dieser Staaten ist zur Armut oder gar zum Elend verdammt.

Zu allem Übel sind es oft gerade diese Staaten, die nun zusätzlich von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Immer mehr Menschen sehen nur noch einen Ausweg in der Flucht nach Europa und nach Nordamerika.

Und dann gibt es noch die Verlierergruppe in den Industriestaaten, es sind vor allem die Menschen ohne Berufsausbildung, deren Arbeitsplätze in ein Niedriglohnland verlagert wurden, und keine anderen Arbeitsplätze gefunden haben, oder einen Arbeitsplatz mit geringer Bezahlung. Auch sie sind zur Armut verdammt, wenn wir es nicht schaffen eine neue Umwelt-, Wirtschafts-, Handels-, Sozial- und Entwicklungspolitik zu erstreiten.

Im nun folgenden Abschnitt des Vortrages möchte ich die notwendigen Veränderungen in der Handelspolitik aufzeigen.

Nahezu weltweit ist die Marktwirtschaft etabliert und ich persönlich halte sie für erhaltenswert. Ich bitte zu beachten, dass Marktwirtschaft nicht mit Kapitalismus gleichzusetzen ist.

Aber: Eine Marktwirtschaft kann nur dann zufriedenstellend funktionieren, wenn für alle Beteiligten die gleichen Rahmenbedingungen bestehen, also:

- Ein vergleichbares Lohnniveau
- Ähnliche soziale und arbeitsrechtliche Bestimmungen
- Ähnliche Steuerbelastungen
- Vergleichbare Umweltvorschriften
- Ähnlicher Ausbildungsstand der Bevölkerung

Es ist leicht zu erkennen, dass diese Bedingungen in der nun globalisierten Wirtschaft bei weitem nicht einheitlich sind. Die nahezu grenzenlos globalisierte Wirtschaft ist daher ein großer Fehler. Diese Politik verursacht sehr hohe Anpassungsverluste.

Ein trauriges Beispiel (unter vielen) ist der Niedergang der Solarindustrie in Deutschland. Wir waren weltweit führend, bis China diesen Industriezweig mit hohen Subventionen auf ein internationales Niveau brachte und nun mit dem geringen Lohnniveau konkurrenzlos günstig PV-Module anbieten kann. In Deutschland gingen dadurch in dieser Zukunftsindustrie innerhalb kurzer Zeit 80 000 Arbeitsplätze verloren. Das ist vier-mal mehr, als in der Braunkohle beschäftigt sind.

Noch schlimmer ist die Tatsache, dass dadurch der weltweite Ausbau an erneuerbaren Energien nicht so schnell geschieht, wie er möglich wäre, wenn alle Kapazitäten genutzt würden, auch die im relativ hochpreisigen Deutschland.

Damit die aufgezeigten Probleme behoben werden können, sind neue Handelsverträge abzuschließen.

Statt der grenzenlosen Globalisierung sind von Staaten mit ähnlichem Entwicklungsstand und ähnlicher Kultur regionale Wirtschaftszonen zu gründen, die innerhalb des Verbunds die wirtschaftliche Zusammenarbeit erleichtern, die aber nach außen vernünftige, schützende Handelsschranken definieren.

Dadurch wird die für eine Marktwirtschaft erforderliche Chancengleichheit wieder hergestellt und die im Aufbau begriffene Wirtschaft einer Region oder gar eines ganzen Kontinents (z.B. Afrika) kann geschützt und gefördert werden. Dies dient der Befreiung der Menschen in den Niedriglohnländern von der Versklavung durch internationale Konzerne.

Natürlich brauchen wir den Austausch von Rohstoffen, Wissen und Waren, um die Probleme zu lösen und wenn möglich unseren Wohlstand zu mehren - aber nicht in der bisherigen ausbeuterischen Art der Globalisierung, sondern in fairer Partnerschaft, zum Wohle aller Menschen.

Auch wegen der kulturellen, klimatischen und religiösen Unterschiede ist es falsch, alle Menschen in dasselbe Wirtschaftssystem zu zwingen. Und genau das geschieht heute, getrieben von der WTO, den USA, der EU, von Japan und nun auch von China.

Ich bitte darüber nachzudenken, ob dies nicht auch ein Grund für die Ausbreitung des Terrorismus ist.

Es ist ein Mittelweg zwischen gleichgeschalteter Globalisierung und totaler Isolation zu suchen. Ein Weg, der den Austausch ermöglicht, und die Eigenständigkeit bewahrt und der vor allem

dazu führt, dass die Produktivitätsfortschritte in einem Land allen Menschen dieses Landes zugutekommen, denn erst und nur dann, wenn die gesamte Bevölkerung in den Genuss ihrer steigenden Wertschöpfung gelangen kann, tritt für alle mehr Wohlstand ein.

Das heißt: Wenn unsere Unternehmen in Niedriglohnländern investieren und produzieren, dann muss dies in erster Linie für den lokalen Markt geschehen.

Damit Unternehmen mit dieser Zielsetzung in Niedriglohnländern investieren, müssen die Bedingungen geschaffen werden, dass sich dort ein ausreichend großer Absatzmarkt bilden kann, daher die Gründung von regionalen Wirtschaftszonen, in denen die oben genannten Bedingungen für eine funktionierende Marktwirtschaft erfüllt werden, nämlich:

- Ein vergleichbares Lohnniveau
- Ähnliche soziale und arbeitsrechtliche Bestimmungen
- Ähnliche Steuerbelastungen
- Vergleichbare Umweltvorschriften
- Ähnlicher Ausbildungsstand der Bevölkerung

Dies ist erforderlich, damit sich die Mitgliedsstaaten des gemeinsamen Marktes nicht gegenseitig Konkurrenz bei der Ansiedlung von Betrieben machen. (Die EU ist hier ein abschreckendes Beispiel.)

Die Staaten sollten sich nur in der Schaffung des stabilsten politischen und sozialen Umfeldes Konkurrenz machen, sowie in der weiteren Förderung des Bildungsstandes der gesamten Bevölkerung und in der Bereitstellung einer guten Infrastruktur.

Zur Erleichterung des Handels innerhalb des gemeinsamen Marktes müssen die Währungen untereinander mit einem festen Wechselkurs handelbar sein. Und ganz wesentlich für die Effektivität der gemeinsamen Märkte sind Zollfreiheit innerhalb der Gemeinschaft und gemeinsame Zollbestimmungen nach außen; es werden Ein- und Ausfuhrzölle erforderlich sein.

Ja, Sie haben richtig gehört, auch Ausfuhrzölle können sinnvoll und erforderlich sein. Wenn sich z.B. in einem Land mit geringer Produktivität Betriebe mit modernen Fertigungsmethoden und entsprechend hoher Produktivität ansiedeln, dann könnten den Beschäftigten dieser Betriebe wesentlich höhere Löhne bezahlt werden als den Beschäftigten der traditionellen Betriebe. Dies würde jedoch die Gesellschaft spalten und soziale Unruhen provozieren.

Außerdem könnten die weniger privilegierten Bevölkerungskreise am Konsum der neuen, im Land produzierten Waren kaum teilnehmen. Es würde sich eine Zweiklassengesellschaft entwickeln. Das muss verhindert werden.

Aus diesem Grund wäre es besser, wenn die Löhne auch in den neuen Betrieben dem Lohnniveau des Landes entsprechen würden. Das ist zwar heute meistens der Fall, nutzt den Menschen aber gar nichts, weil die Produkte mit hohen Gewinnen in reicheren Ländern verkauft werden.

Damit werden die Menschen im Herstellerland der Früchte ihrer Arbeit beraubt. Um dies zu verhindern ist es angebracht, auf solche Waren einen Exportzoll zu erheben. Dadurch wird erreicht, dass ein Teil der Gewinne im Land bleibt. Die Regierung kann mit diesen zusätzlichen Einnahmen z.B. das Bildungs- und Gesundheitswesen verbessern, was allen zugutekommt. Außerdem wird dadurch eher ein Teil der Produkte auch im Herstellerland zum Verkauf angeboten. So führt die eigene Wertschöpfung auch zu mehr Wohlstand für alle – was das Ziel ist.



Es ist also keine grenzenlose Globalisierung erforderlich, sondern eine regionalisierte, geregelte Welthandelspolitik, die den Austausch ermöglicht und die Vielfalt erhält.

Dadurch wird auch der Wachstumsdrang und das Lohndumping in den Hochlohnländern reduziert und der Erhalt von Arbeitsplätzen in traditionellen Branchen ermöglicht. Dies reduziert auch die Arbeitslosigkeit in den Hochlohnländern und verhindert hohe Anpassungsverluste.

Diese neue Handelspolitik muss mit einer angepassten Entwicklungspolitik begleitet werden.

Die wichtigsten Maßnahmen sind:

1. Restrukturierung der staatlichen Verwaltung, der Polizei und der Justiz, sowie Bekämpfung der Korruption und falls erforderlich, Entmachtung des Militärs bzw. der militärisch organisierten Banden .
2. Verbesserung der Methoden der Lehrkräfte und Ausbau der Bildungseinrichtungen, von der Vorschule bis zur Universität. Erstellung eines Bedarfsplanes für alle Schulen und Hochschulen und die hierfür erforderlichen Lehrkräfte.  
Allen Kindern müssen bis zum 16. Lebensjahr der Besuch einer Schule ermöglicht werden. Dies ist insbesondere für Mädchen wichtig, es ist eine Voraussetzung, damit das Bevölkerungswachstum verlangsamt wird.
3. Erstellung eines Ernährungsplanes für die Bevölkerung und eines Entwicklungsplanes für die Landwirtschaft. Priorität hat ein hoher Selbstversorgungsgrad der Bevölkerung.
4. Erstellung eines Entwicklungsplanes für das Handwerk und die Industrie.
5. Planung und Ausbau der Infrastruktur.
6. Planung und Verbesserung der medizinischen Versorgung und der Familienplanung.
7. Langfristplanung für die Nutzung von vorhandenen Rohstoffen und Naturschätzen.

Mit dieser neuen Handels- und Entwicklungspolitik ist tatsächlich das Versprechen von mehr Wohlstand für alle einlösbar.

Damit wird auch ganz nebenbei die Reduzierung des Transportvolumens erreicht.

#### **4. Die Befreiung vom Wachstumszwang**

Auf dem Weg zur ökologischen Zukunftsfähigkeit wird sich herausstellen, dass die Wirtschaft schon in naher Zukunft nicht mehr wachsen kann. Natürlich wird das Brutto-Sozialprodukt der heute armen Länder steigen müssen, aber nicht das der bisherigen Industriestaaten. Damit wir uns aus der Wachstumsfalle befreien können, müssen wir die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung überwinden.

Der Wachstumszwang ist beim Kapitalismus systembedingt. Seit Adam Smith gilt das Kapital als der dritte und sogar wichtigste Produktionsfaktor, neben den Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen. Dies führte zu der Erwartungshaltung, dass für das eingesetzte Kapital nicht nur ein marktüblicher Zins bezahlt wird, sondern es wird als selbstverständlich vorausgesetzt, dass mit und für das Kapital zusätzlich ein möglichst hoher Gewinn erwirtschaftet wird.

Da aber der Besitz von Kapital hoch konzentriert ist, werden die Kapitaleinkommen in den meisten Fällen nicht für die Sicherung des Lebensunterhalts verwendet, sondern sie führen zu einer Kapitalakkumulation. Für das dadurch zusätzlich entstehende Kapital werden weitere Anlagemöglichkeiten benötigt, mit denen zusätzliche Kapitalrenditen erwirtschaftet werden

können. Dies ist nur möglich, wenn die Wirtschaft wächst. Ewiges allgemeines wirtschaftliches Wachstum kann es aber in einer begrenzten, und bereits sehr stark ausgebeuteten Welt nicht geben.

Wir benötigen deshalb eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die ohne Wachstum stabil ist!

Damit dies eintritt, kann das Kapital nicht mehr „entlohnt“ werden. Im Klartext: Kapital wirft keinen Gewinn mehr ab.

Konkret wird folgende Lösung vorgeschlagen:

1. Habenzinsen entsprechen der Inflationsrate, das bedeutet, dass der Realzins bei null liegt.
2. Kreditzinsen entsprechen der Inflationsrate, plus Bearbeitungskosten und Kosten für die Kreditausfallversicherung.

Das Kapital von Direktinvestoren, die nur mit dem eingesetzten Kapital haften, soll mit den gleichen Restriktionen „entlohnt“ werden.

3. Für Eigenkapital das UnternehmerInnen in ihrem eigenen Betrieb investieren und mit ihrem gesamten Vermögen haften, ist ein etwas höherer Risikoaufschlag angemessen; der Betrag ist in einem gesellschaftlichen Konsensverfahren durch den Solidaritätsrat zu ermitteln.

**Kapitalerlöse, die diese Werte übersteigen, sind durch eine progressive Besteuerung zu belasten.**

Die Beschneidung des Gewinns aus Kapital ist nicht nur erforderlich, um den Wachstumszwang zu beseitigen, diese Maßnahme ist auch in höchstem Maße gerecht, denn alles erwirtschaftete Kapital entsteht durch den Einsatz der beiden Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen.

Eine „Entlohnung“ des Kapitals ist deshalb auch eine „Belohnung“ für den Verbrauch der natürlichen Ressourcen und die Nutzung der Umwelt, was ein fundamentaler Fehler ist, denn die Ressourcen und die Belastbarkeit der Umwelt sind begrenzt und auf ihre Nutzung haben alle Menschen, auch die zukünftig lebenden, das gleiche Anrecht, dann dürfen sie nicht zur Gewinnerwirtschaftung privatisiert werden.

Besonders verheerend ist der dadurch hervorgerufene Klimawandel, er gefährdet für die kommenden Generationen die Bewohnbarkeit weiter Bereiche der Erde und verursacht dadurch großes Leid, das muss verhindert werden.

Ergänzt werden muss diese Transformation des Kapitalismus mit einer neuen **Geldpolitik**. Dazu gibt es den Vorschlag der **Vollgeldreform**, bei der nur noch die Zentralbank Geld in Umlauf bringen darf, die Banken dürfen nur noch in der Höhe Kredite vergeben wie sie Kundeneinlagen haben und die Girokonten der Kunden sind nicht Bestandteil der Bankbilanzen. Sie sind deshalb genauso sicheres Geld wie das Bargeld, es ist vollgültiges Geld, daher der Ausdruck Vollgeld.

**Diese Veränderungen bedeuten die Überwindung der kapitalistischen Grundsätze. Dies ist eine unerlässliche Voraussetzung für die solidarische, zukunftsfähige Gesellschaft!**

Damit die Überwindung des kapitalistischen Denkens gelingen kann, sind der Abbau des Kapitalüberschusses und die De-Liberalisierung der Finanzmärkte erforderlich.

Der Kapitalüberschuss, der sich in den letzten 35 Jahren aufgebaut hat, ist eine Folge des neoliberalen Denkens. Er destabilisiert weltweit die Wirtschaft, weil er immer häufiger zu Finanz- und Wirtschaftskrisen führt.

Da das vorhandene Kapital in der Realwirtschaft nicht mehr genügend Anlagemöglichkeit findet und die Möglichkeit der Privatisierung von staatlichen Einrichtungen und Dienstleistungen nahezu ausgeschöpft ist, strömt das Kapital an die Börsen und in die Finanzmärkte, in denen das Kapital, neben den klassischen spekulativen Anlagen, wie Immobilien und Aktien, immer mehr neue „Finanzprodukte“ der „Finanzindustrie“ als Anlagemöglichkeit findet.

Von welcher „Qualität“ diese „Produkte“ sind, wurde bei der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2007/2008 deutlich. Ohne staatliche Nothilfe wäre das Finanzsystem kollabiert. So kann es nicht weitergehen!

Der Kapitalüberschuss hat 2 Hauptgründe:

1. Die seit den 1980er-Jahren einsetzende Senkung der Steuern für Unternehmen und reiche Bevölkerungskreise.  
Dadurch stieg die Kapitalakkumulation, dennoch sind die Investitionen in der Realwirtschaft paradoxerweise nicht gestiegen, im Gegenteil, nach der letzten großen Steuersenkung im Jahr 2000 haben sich in Deutschland die Nettoinvestitionen halbiert.
2. Der 2. Hauptgrund ist die „Privatisierung“ der Altersvorsorge

Es bieten sich 3 Maßnahmen zum Abbau des Kapitalüberschusses an:

1. Wie im 1. Abschnitt bereits dargelegt, muss die Ökologisierung der Wirtschaft in die Wege geleitet werden. Dadurch wird in der Realwirtschaft wieder wesentlich mehr investiert, wozu das im Überfluss vorhandene Kapital zumindest teilweise für Investitionen in die Zukunftsfähigkeit verwendet wird.
2. Die Notwendigkeit des Sparens für die Altersvorsorge muss wieder aufgehoben werden, in dem das staatliche Rentensystem wieder eine ausreichende Alterssicherung garantiert. Dies ist auch schon deshalb erforderlich, weil durch die „Nicht-Entlohnung“ des Kapitals die bisherige Berechnungsgrundlage für die kapitalgedeckte Rente keine Gültigkeit mehr hat.
3. Das in der EU ausgebrochene Wettrennen um die niedrigsten Unternehmens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern muss unbedingt beendet werden. Dies hat dazu geführt, dass die Staatsverschuldung in nahezu allen Staaten anstieg, und die meisten Staaten nur durch den Verkauf von staatlichen Einrichtungen und Dienstleistungen ihre Handlungsfähigkeit bewahrten, einige Staaten sind dennoch praktisch nicht mehr handlungsfähig.

In Deutschland ist es zwingend erforderlich, dass vor allem die Vermögenssteuer wieder eingeführt wird und zwar in einer progressiven Form, so dass sehr hohe Vermögen sukzessive abgebaut werden, vor allem solche, die sich an den Börsen und in den internationalen Finanzmärkten befinden.

Auch der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer ist wieder anzuheben, ebenso die Steuersätze der Unternehmenssteuern. Letzteres wird dazu führen, dass Unternehmen wieder mehr investieren, um dadurch Steuern zu sparen. Das ist gut so, denn dadurch machen sie sich zukunftsfähig.

Zusätzlich ist die Finanztransaktionssteuer einzuführen.

Außer der Wiederanhebung der Steuern sind die Steuerschlupflöcher konsequent zu schließen. Beide Maßnahmen zusammen werden in Deutschland zu Steuer Mehreinnahmen in Höhe von etwa 120 – 130 Mrd. € pro Jahr führen. 40 – 50 Mrd. €/Jahr sind für Zukunftsinvestitionen und für eine gerechte Sozialpolitik zu verwenden.

80 Mrd. € sind zum Abbau der Staatsverschuldung einzusetzen, die damit innerhalb von 12 Jahren halbiert wird. Dadurch wird das überschüssige Kapital sukzessive aus dem Markt genommen, denn wenn die Kredite des Staates an die Banken zurückgegeben werden, wird dieser Betrag aus den Bilanzen der Banken ausgebucht. Es geht wieder ins „Nichts“ zurück, da wo es hergekommen ist.

Das ist eine nachträgliche Korrektur der völlig falschen Politik der letzten 35 Jahre. Wenn alle Staaten dieser Politik folgen, kann der sonst vorprogrammierte Crash vermieden werden.

Auch die Liberalisierung der Finanzmärkte war ein großer Fehler, die zögerlichen Korrekturen der letzten Jahre sind völlig unzureichend. Es ist anzustreben, dass möglichst viele Staaten, zumindest alle Euro-Länder die gleichen Maßnahmen ergreifen.

Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen:

1. Alle Banken dürfen nicht mehr an Rohstoff- und Nahrungsmittelbörsen spekulieren, sie dürfen sich nicht an der Spekulation mit Derivaten und Kreditverbriefungen beteiligen, auch nicht im Auftrag der Kunden, sie müssen ihre Zweckgesellschaften schließen, ebenso ihre Filialen in Steueroasen.
2. Keine Bank darf systemrelevant sein, damit der mögliche Konkurs einer Bank nicht das gesamte Bankensystem gefährdet.
3. Den Hedge-Fonds wird die Zulassung wieder entzogen.
4. Warenbörsen müssen ihre Satzungen so verändern, dass es nur eine Zulassung entweder zum Kauf oder zum Verkauf geben kann, aber nicht beides. Dadurch wird die Möglichkeit zur Spekulation unterbunden.
5. Die Börsenumsatzsteuer ist wieder einzuführen, besser wäre eine Finanztransaktionssteuer.
6. Das Aktiengesetz ist so zu verändern, dass für die Ausschüttung von Dividenden und für die Ausübung des Stimmrechts die Aktie mindestens 2 Jahre im Besitz des Aktionärs sein muss. Der Millisekunden-Handel wird verboten.  
Längerfristig sind die Aktien durch nicht handelbare Anteilscheine zu ersetzen.
7. Banken müssen Kredite, die von ihren KundInnen zur Spekulation verwendet werden, zu 50% mit Eigenkapital hinterlegen.
8. Banken, Anlageberater, Anwaltskanzleien und Steuerberater, die ihre Kunden zu Steuerhinterziehungen animieren oder ihnen dabei behilflich sind, verlieren ihre Zulassung.
9. Steuerrelevante Informationen sind zwischen den Staaten auszutauschen.

Mit diesen Maßnahmen entfällt das gesamte spekulative Investmentbanking-Geschäft. In diesem Bereich sind tausende von Angestellten beschäftigt. Dieser gesamte Geschäftsbereich, in dem keine Werte geschaffen werden, ist ein unnötiger Parasit, der zu allem Überfluss Krisen hervorruft, wie wir es 2007/2008 erlebt haben.

Banken werden so wieder auf ihre eigentliche Aufgabe zurückgeführt, nämlich: Den Zahlungsverkehr – auch ins Ausland - zu organisieren, Spargelder einzusammeln und Kredite zu vergeben. Sie werden wieder zu Dienern der Wirtschaft und der privaten Haushalte.

Damit diese Veränderungen erreicht werden können, bedarf es einer sehr starken Bewegung und vielleicht auch der Gründung einer neuen Partei.